

Informationszentrum Asyl und Migration

Briefing Notes

14. Januar 2013

Afghanistan

Sicherheitslage

In den ersten Wochen des neuen Jahres gab es mehrere Anschläge und Kämpfe, bei denen auch Zivilisten zu Schaden kamen. So wurden am 06.01.13 bei einem Selbstmordanschlag auf ein Treffen von Stammesführern in der Stadt Spin Boldak (Provinz Kandahar, Südafghanistan) vier Menschen getötet und 15 verletzt. In der zentralafghanischen Provinz Wardak starben am 13.01.13 sieben Zivilisten, vier Aufständische und ein afghanischer Soldat bei einem Feuergefecht.

Am 07.01.13 ereignete sich erneut ein sog. Insider-Angriff, bei dem in der südafghanischen Provinz Helmand ein britischer NATO-Soldat von einem Angreifer in afghanischer Armeeuniform erschossen wurde.

Frühzeitiger Truppenabzug der USA

Die USA kündigten an, ihre Truppen bereits ab dem Frühjahr 2013 drastisch zu reduzieren. Von den derzeit rund 66.000 Soldaten sollen nur noch zwischen 3.000 und 9.000 in Afghanistan verbleiben und vor allem im Kampf gegen Extremisten sowie bei der Ausbildung afghanischer Truppen eingesetzt werden. Die Verhandlungen mit der afghanischen Regierung hierzu sind noch nicht abgeschlossen.

Verbreitete Gewalt gegen Frauen

Aus Anlass einiger jüngst bekannt gewordener Fälle von Entführungen und sexuellem Missbrauch junger Frauen weist die afghanische Unabhängige Menschenrechtskommission darauf hin, dass sich die Zahl registrierter Gewalttaten gegen Frauen im vergangenen Jahr auf etwa 4.000 verdoppelt habe. Die tatsächliche Anzahl dürfte weit höher sein. Der Anstieg an gemeldeten Straftaten könnte aber auch ein Zeichen dafür sein, dass sich die afghanische Gesellschaft langsam ändert und mehr Fälle angezeigt werden. Jedenfalls wird deutlich, dass Gewalt gegen Frauen und Mädchen weit verbreitet ist.

Pakistan

Provinz Belutschistan: Bombenanschläge in Quetta mit vielen Opfern

Am frühen Abend des 10.01.13 explodierte in der Provinzhauptstadt Quetta in der Nähe eines geparkten Fahrzeuges des paramilitärischen Frontier Corps (FC) eine Bombe im belebten Gebiet des Marktplatzes Bacha Kahn Chowk. Es gab 12 Tote und 60 Verletzte. Unter den Toten ist ein Angehöriger des FC. Die Polizei geht davon aus, dass das Frontier Corps das Ziel war. Die United Baloch Army, eine nationalistische Aufstandsbewegung, übernahm die Verantwortung.

Später am Abend explodierte eine Bombe im Gebiet Alamdar Road, wo überwiegend Angehörige der ethnischen und religiösen Minderheit der schiitischen Hazara leben. Als Helfer zum Tatort eilten, explodierte eine zweite Bombe, die die meisten Opfer forderte (insgesamt 81 Tote, 121 Verletzte). Fünf Verletzte starben im Krankenhaus. Unter den Todesopfern befinden sich auch Armeeangehörige, Polizisten und Mitglieder des FC sowie Angehörige eines medizinischen Hilfsdienstes und Vertreter der Medien. Die sunnitische Organisation Lashkar-i-Jhangvi bekannte sich in einem Telefonanruf zum Anschlag. Ziel seien die Hazara gewesen. Inzwischen soll die Zahl der Toten auf 102 gestiegen sein. Nach der zweiten Explosion wurden vier Helfer der „Edhi Foundation“ von der Menge getötet. Ein fünfter wurde verletzt und nur auf Grund der Bitte von

Reportern verschont. Die Nichtregierungsorganisation Edhi bietet als einzige Organisation in Pakistan einen Rettungsdienst vergleichbar dem des Deutschen Roten Kreuzes an. Der Vorsitzende der Foundation teilte mit, dass die weitere Tätigkeit in Quetta in Frage stehe.

Angehörige der Hazara-Minderheit weigerten sich, die Toten zu beerdigen und die Blockade der Alamdar Road zu beenden. Sie fordern die Ablösung der Provinzregierung, die Übernahme der Verantwortung für die Provinz durch den Gouverneur und die Übergabe der Verantwortung für die Sicherheit in Quetta an die Armee. Landesweit kam es zu Demonstrationen von Schiiten und Angehörigen der Zivilgesellschaft aus Protest gegen das Massaker. Die Führer der wichtigsten Parteien beteiligten sich an den Protestveranstaltungen.

Am 13.01.13 verkündete Premierminister Raja Pervez Ashraf vor tausenden Hazara in Quetta, dass die Provinzregierung ihres Amtes entbunden sei und der Gouverneur deren Geschäfte übernommen hat. Die Proteste ließen daraufhin landesweit nach.

Provinz Khyber Pakhtunkhwa: Anschläge mit vielen Opfern

Am 13.01.13 explodierte 50 km südlich von Miranshah (FATA-Agentur Nord-Waziristan) auf der Razmak Road eine Bombe am Straßenrand, als ein Militärkonvoi die Stelle passierte. Vierzehn Soldaten wurden getötet und 22 verletzt. In dem Gebiet sind die pakistanischen Taliban aktiv. Bisher bekannte sich niemand zum Anschlag.

Am 01.01.13 explodierte eine Bombe im Keller eines religiösen Zentrums der Missionarsbewegung „Tablighi Jamaat“, die zwar als sehr konservativ und rückwärts gewandt, aber unpolitisch gilt. Das betroffene Zentrum befindet sich in der Takhtaband Road ca. 5 km südwestlich von Mingora, dem Verwaltungszentrum des Distrikts Swat (Provinz Khyber Pakhtunkhwa). Über 1.000 Personen sollen im Zentrum anwesend gewesen sein. Die pakistanischen Taliban sollen bemüht sein, sich wieder in der Region zu etablieren, aus der sie von der Armee 2009 vertrieben wurden.

Indien/Pakistan

Kaschmir-Konflikt verschärft sich



Indische und pakistanische Soldaten haben in Kaschmir erneut aufeinander geschossen. Ein indischer Armeesprecher sagte am 13.01.13, eigene Soldaten hätten am Vortag das Feuer auf eine Gruppe aus Pakistan eröffnet, die die Demarkationslinie zwischen beiden Ländern überqueren wollte. Auf indischer Seite habe es keine Toten gegeben. Pakistan nahm dazu noch keine Stellung. Bereits in den Tagen zuvor war der Waffenstillstand mehrfach gebrochen worden. Die beiden Atommächte machten sich gegenseitig dafür verantwortlich. Bei den Scharmützeln waren zwei pakistanische und zwei indische Soldaten getötet worden. Medienberichten zufolge gibt es derzeit keinen Handel mehr zwischen den beiden benachbarten Ländern und auch der Busverkehr sei eingestellt worden.

Militärvertreter beider Länder wollen in Gesprächen versuchen, eine weitere Eskalation zu verhindern. Derartige Treffen sind Teil des Krisenmanagements, auf das sich Indien und Pakistan in ihren Vereinbarungen zum Waffenstillstand im Jahr 2003 geeinigt hatten. Seitdem

kommt es an der Demarkationslinie zwar immer wieder zu Zwischenfällen, für die sich die Truppen beider Länder in der Regel gegenseitig verantwortlich machen. Soldaten werden dabei aber selten getötet.

Irak

Proteste gegen den Ministerpräsidenten

Am 11.01.13 protestierten in mehreren irakischen Städten zehntausende Sunniten nach den Freitagsgebeten gegen die Politik des schiitischen Ministerpräsidenten Nouri al-Maliki. Sie forderten u.a. die Freilassung von Gefangenen, die unter Terrorverdacht verhaftet worden seien. Seit etwa drei Wochen kommt es immer wie-

der zu Massenprotesten. Beobachter befürchten, dass Irak etwa ein Jahr nach dem Abzug der letzten US-Truppen wieder verstärkt auf Gewalt zwischen den Bevölkerungsgruppen zusteuern könnte.

Finanzminister entgeht Bombenattentat

Der irakische Finanzminister, Rafia al-Issawi (Sunnit), blieb bei einem Bombenanschlag auf seinen Konvoi am 13.01.13 unverletzt. Er soll laut Pressemeldung eine zentrale Rolle bei den Protesten der Sunniten gegen die schiitisch dominierte Regierung spielen.

Irakisch-jordanische Grenze geschlossen

Am 09.01.13 hat die irakische Armee die Grenze zu Jordanien geschlossen. Laut lokalen Medien sei der Grenzposten Tarabil auf unbestimmte Zeit geschlossen. Beobachtern zufolge will die irakische Regierung damit Druck auf die sunnitischen Demonstranten in der Provinz Anbar ausüben, die an Jordanien grenzt. Dort habe es in den vergangenen Wochen mehrere Protestaktionen gegeben, durch die der Verkehr zwischen Bagdad und Jordanien unterbrochen worden sei.

Syrien

Wichtiger Militärflughafen von Rebellen erobert

Die Kämpfe gehen weiter. Die oppositionelle syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte in London teilte am 11.01.13 mit, nach monatelangen Gefechten hätten die Rebellen den Luftwaffenstützpunkt Taftanas in der Provinz Idlib erobert.

Gewalt zwischen rivalisierenden Rebellengruppen

Zwischen rivalisierenden Rebellengruppen soll es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen gekommen sein. Kämpfer der al-Nusra-Front hätten am 09.01.13 den Kommandeur der al-Faruk-Brigade getötet. Dieser habe vor vier Monaten einen islamistischen Kommandeur getötet.

Zivile Häftlinge im Austausch gegen inhaftierte Iraner freigelassen

Syrien hat nach Angaben der türkischen Hilfsorganisation IHH und des staatlichen iranischen Fernsehens vom 09.01.13 mit der Freilassung von 2.130 zivilen Häftlingen (975 Frauen und 1.155 Männern) – meist Syrern, aber auch einigen Türken und anderen Ausländern – im Austausch gegen 48 Iraner begonnen. Diese waren von der Rebellengruppe al-Baraa im August 2012 gefangen genommen und ihre Hinrichtung angekündigt worden. Die Rebellen beschuldigten die Iraner, Angehörige der iranischen Revolutionsgarden zu sein, die zur Unterstützung Assads nach Syrien geschickt worden wären. Iran hatte die Festgehaltenen als Pilger bezeichnet, die schiitische Heiligtümer besuchen wollten. Der Austausch soll von der Türkei und Katar vermittelt worden sein.

Palästinensische Autonomiegebiete

Al-Fatah und Hamas wollen Versöhnungsabkommen umsetzen

Die Palästinenser-Fraktionen Fatah und Hamas haben nach ägyptischen Angaben Fortschritte auf dem Weg zu einer Aussöhnung erzielt. Palästinenserpräsident Mahmoud Abbas und Hamas-Chef Khaled Meshaal haben sich nach einer Reuters-Meldung bei ihren Gesprächen in Kairo auf die weitere Umsetzung des Versöhnungsabkommens vom Mai 2011 verständigt. Das Abkommen bezieht sich laut staatlichen ägyptischen Medien auf die meisten der bisher zwischen den Gruppen umstrittenen Punkte, darunter Fragen zum Grenzverlauf, der Sicherheit und Wahlen in den Palästinensergebieten. Eine Aussöhnung zwischen den beiden Palästinensergruppierungen gilt als entscheidende Voraussetzung für eine Wiederbelebung des festgefahre- nen Friedensprozesses mit Israel. Wichtigster Streitpunkt ist, wie der jahrzehntelange Konflikt mit Israel beigelegt werden soll.

Westjordanland vor Bankrott

Im Westjordanland können 153.000 Staatsbedienstete nicht mehr entlohnt werden. Es drohen der Bankrott und soziale Aufstände, so Premierminister Salam Fayyad gegenüber der Londoner Zeitung „Al-Sharq Al-Awsat“ („Der Mittlere Osten“). Begonnen habe die Krise vor zwei Jahren, weil Geberländer ihre Zahlungen

gekürzt oder eingestellt haben. Die internationale Hilfe für die Autonomiebehörde sei von 1,8 Milliarden Dollar 2008 auf nur eine Milliarde 2011 gesunken, erklärte Fayyad. Überdies hat Israel Steuergelder in Höhe von 100 Millionen Dollar einbehalten.

Iran

Lage der Bahai

Derzeit verschärft sich die Situation der Bahai wieder. Ein Sprecher des Auswärtigen Amts bezeichnete ihre Lage in Iran als sehr besorgniserregend. Nach Angaben der Internationalen Bahai-Gemeinde wurden zwischen 1979 und 1998 etwa 200 Bahai hingerichtet, 15 werden vermisst. Zwischen 2004 und 2010 waren 334 Personen in Haft. Das Gerichtsverfahren gegen sieben im Jahr 2008 verhaftete Führungsmitglieder endete Mitte des Jahres 2010 mit Haftstrafen von je 20 Jahren. Darüber hinaus kommt es immer wieder zu Übergriffen auf Schulkinder, Anschläge auf Geschäfte und Wohnhäuser, berichten sowohl Gemeindevertreter als auch der UN-Berichterstatter für Menschenrechte in Iran.

Türkei

Türkei fordert von Frankreich schnelle Aufklärung der Pariser Kurden-Morde

Nach dem Mord an drei Kurdinnen am 10.01.13 in den Räumen des Kurdischen Instituts in Paris, das eng mit der PKK verbunden ist, forderte der türkische Ministerpräsident Erdogan die französischen Behörden am Wochenende auf, schnellstmöglich die Täter zu fassen und die Hintergründe aufzuklären. Zu den drei getöteten kurdischen Aktivistinnen gehört auch Sakine Cansiz, eine Mitbegründerin der PKK und ehemalige enge Vertraute des seit 1999 in der Türkei inhaftierten PKK-Anführers Abdullah Öcalan. Bei den anderen beiden Opfern handelt es sich um eine junge Aktivistin namens Leyla Söylemez sowie um Fidan Dogan, eine Angestellte des Zentrums, die nach Angaben der Vereinigung der Kurdenverbände in Frankreich auch Vertreterin des Kurdischen Nationalkongresses in Paris war. Die Hintergründe der Taten sind noch unklar, die Polizei sprach von einer Exekution. Kurdische Aktivisten machten die Türkei für die Gewalttat verantwortlich. Türkische Regierungsvertreter werteten den Vorfall hingegen als Ergebnis einer PKK-internen Fehde oder als Versuch, die derzeitigen Friedensgespräche zwischen der Regierung und der PKK-Führung zu behindern.

Libyen

Italiens Generalkonsul in Bengasi angegriffen

Am 12.01.13 wurde das Fahrzeug des italienischen Generalkonsuls nachts in Bengasi beschossen. Es gab keine Verletzten. Die Täter sind unbekannt.

Starker Anstieg der Kriminalität

Das libysche Innenministerium hat Anfang Januar Angaben zur Kriminalitätsbelastung gemacht. So hat sich die Anzahl der Morde von 87 im Jahr 2010 auf 525 im Jahr 2012 erhöht (plus rund 500 %). Diebstähle aus Geschäften und Büros stiegen von 143 in 2010 auf 783 in 2012 an (plus rund 450 %). Diebstähle aus privaten Haushalten stiegen von 1.842 in 2010 auf 2.387 in 2012 an (plus rund 30 %). Der Raub von Autos mit Waffengewalt und Tötung bei Widerstand (sog. Carjacking) ist weit verbreitet. Der Anstieg wird auf verschiedene Gründe zurückgeführt. So wurden auf Anweisung Gaddafis vor der Befreiung von Tripolis rd. 15.000 Häftlinge freigelassen, von denen viele nicht wieder festgesetzt werden konnten. Ein weiterer Grund soll der unzureichende Sicherheitsapparat sein, so Madgi Al-Urf, der Sprecher des Innenministeriums in einer offiziellen Verlautbarung. Nach dessen Überzeugung müsse der Sicherheitsapparat dringlichst reorganisiert und wieder aufgebaut werden, insbesondere müsse eine einheitliche Sicherheitsbehörde auf einem soliden Fundament geschaffen werden.

Tote an der Universität in Kufra

Am 08.01.13 soll es mehrere Tote in der Wüstenstadt Kufra gegeben haben. Über die Ereignisse liegen unterschiedliche Darstellungen vor. Der Stadtrat gibt an, dass ungenannte Militante willkürlich auf dem Universtätscampus geschossen haben. Das Militär hätte eingegriffen und zwei der Militanten erschossen.

Seitens der schwarzafrikanischen Minderheit der Tebus in Kufra wird mitgeteilt, dass es einen Zusammenstoß zwischen den arabischstämmigen Zwai und den Tebus auf dem Universitätsgelände gegeben habe. Militante der Zwai hätten daraufhin in der Stadt Tebu-Angehörige angegriffen und drei erschossen. Die Streitkräfte seien anwesend gewesen, hätten aber nicht eingegriffen.

Ende Juli 2012 hat es bereits ähnliche Auseinandersetzungen in Kufra gegeben, bei denen 150 Menschen ums Leben gekommen waren. Danach wurde eine Friedensvereinbarung zwischen den beiden Ethnien geschlossen, die inzwischen gebrochen wurde. Derzeit herrscht eine angespannte Ruhe. Die Staatsvertreter, Führer des Stadtrates und der beteiligten Ethnien sind bemüht, den Frieden wieder herzustellen und die Ursache für den Zwischenfall zu ermitteln.

Neue Staatsbezeichnung: „Staat von Libyen“

Der Allgemeine Nationalkongress (libysches Parlament) hat am 08.01.13 die offizielle Staatsbezeichnung in „Staat von Libyen“ (State of Libya) beschlossen. Diese Bezeichnung soll bis zur endgültigen Festsetzung der Staatsbezeichnung durch die noch zu beschließende Verfassung gelten.

Kritik an schleppender Arbeit des Allgemeinen Nationalkongresses

Die stärkste Partei im Allgemeinen Nationalkongress, Mahmoud Jibrils Allianz der nationalen Kräfte (National Forces Alliance, 30 Sitze von 200) hat am 06.01.13 ihren Rückzug aus diesem Gremium erklärt. Dies erfolgte unter anderem aus Protest gegen die schleppenden Verhandlungen und die Nichtfassung wichtiger Beschlüsse, wie der bisher noch nicht erfolgten Einberufung und Tagung der Verfassungsgebenden Versammlung. Kritiker warfen der Partei daraufhin Resignation vor.

Ein Parlamentsmitglied aus Zawiya namens Mohamed al-Kilani kritisierte ebenfalls die mangelnden Fortschritte des Allgemeinen Nationalkongresses, machte hierfür aber den Umstand verantwortlich, dass die mangelnde Geschlechtertrennung unter den Abgeordneten und die unverschleierte Frauen mit engen Kleidern den Zorn Gottes erregt hätten. Dies sei der Grund, warum der Allgemeine Nationalkongress nicht vorankomme. Ferner wies er auf die Abrechnung am jüngsten Tag hin, wo dies geahndet werde. Dies wurde mit starker Kritik insbesondere der weiblichen Abgeordneten beantwortet. Außerhalb des Parlaments wurde die Position al-Kilanis ganz überwiegend abgelehnt.

Mali

Frankreich unterstützt Mali im Kampf gegen Islamisten

Frankreich startete am 11.01.13 einen Militäreinsatz gegen die Islamisten in Mali. Vorausgegangen war die Eroberung des Ortes Kona nach tagelangen Kämpfen durch die islamistischen Rebellen. Kona liegt nur wenige Kilometer nördlich der strategisch wichtigen Stadt Mopti. Malis Streitkräfte hätten mit französischer Hilfe Kona wieder unter ihre Kontrolle gebracht.

Malis Interimspräsident Traore Dioncounda verkündete am 11.01.13 den Ausnahmezustand.

Am 13.01.13 setzte Frankreich seine Luftangriffe gegen die al-Qaida-nahen Rebellen fort. Augenzeugen zufolge attackierten sie die von den Islamisten besetzte Stadt Gao.

Afrikanische Union fordert NATO-Einsatz

Der Vorsitzende der Afrikanischen Union und Präsident von Benin, Yayi Boni, hat laut einem BBC-Bericht vom 09.01.13 die Nato offiziell aufgefordert, Truppen nach Mali zu schicken. Diese sollen bei der Bekämpfung von Islamisten und Terroristen helfen. Der Konflikt sei eine internationale Frage.

In New York kam der UN-Sicherheitsrat am 10.01.13 zu einer Sondersitzung zusammen. Die neue Lage stelle eine ernsthafte Verschlechterung der Sicherheitslage dar und gefährde die Einheit des Landes, erklärte der Rat.

Somalia

Fehlschlag bei Befreiung einer französischen Geisel

In der Nacht zum 12.01.2012 sollen beim Versuch einer französischen Kommandoeinheit, einen Geheimagenten nahe der südsomalischen Ortschaft Bulomarar (ca. 100 km südlich von Mogadischu) zu befreien, 17 Angehörige der al-Shabaab, ein französischer Soldat sowie wahrscheinlich auch die Geisel getötet worden

sein. Der Gefangene, den die islamistische Miliz al-Shabaab vor mehr als drei Jahren in Mogadischu entführt hatte, soll als Militärberater bei der Ausbildung somalischer Soldaten eingesetzt gewesen sein.

Sudan

Zahlreiche Tote in Südkordofan

Nach Angaben der sudanesischen Armee vom 11.01.13 töteten sudanesische Truppen in der Region Südkordofan bei einem Angriff von Aufständischen der SPLM-N (Sudan People's Liberation Movement-North, sudanesischer Zweig der südsudanesischen ehemaligen Rebellenorganisation und jetzigen Regierungspartei) nahe der Provinzhauptstadt Kadugli 50 Rebellen. Auch zehn Regierungssoldaten seien ums Leben gekommen.

Tausende fliehen vor Kämpfen in Zentraldarfur

Nach UN-Angaben flohen wegen der seit Ende Dezember anhaltenden Kämpfe in Zentraldarfur zwischen der sudanesischen Armee und der Rebellenorganisation SLM-AW (Sudan Liberation Movement-Abdel Wahid) etwa 30.000 Menschen. Die Aufständischen nahmen nach eigenen Angaben die Städte Golo and Rockero in der Jebel-Marra-Region ein.

Kämpfe zwischen arabischen Stämmen in Norddarfur

Streitigkeiten zwischen den arabischen Stämmen Rizeigat und Bani Hussein über die Nutzung einer Goldmine nahe Kabkabiya in Norddarfur führten am 09.01.13 zu einer nicht bekannten Anzahl von Toten.

Nigeria

Hochrangiger Boko-Haram-Anführer festgenommen

Laut Angaben eines Sprechers der zur Bekämpfung der islamistischen Gruppe Boko Haram eingesetzten Anti-Terror-Einheit „Joint Task Force“ gelang am 13.01.13 die Festnahme des hochrangigen Boko-Haram-Anführers Mohammed Zangina (auch „Mallam Abdullahi“ oder „Alhaji Musa“) in Maiduguri (Hauptstadt des nordöstlichen Bundesstaates Borno und Hauptsitz der Gruppe). Er soll ein Mitglied des Schura-Rates sein, von dem die terroristische Gruppe geleitet wird. Ferner soll er für die meisten ihrer Selbstmord- und Bombenanschläge im Norden und im Zentrum des Landes verantwortlich sein.

DR Kongo

M23-Rebellen erklären einseitige Waffenruhe

Die Rebellen der M23-Bewegung haben am 08.01.13 in Ugandas Hauptstadt Kampala – wo am 09.12.13 zwischen ihnen und der kongolesischen Regierung Friedensgespräche zur Beilegung des bewaffneten Konflikts im Ostkongo begannen – einseitig einen Waffenstillstand erklärt. Zudem zeigten sie sich zur Fortsetzung der Verhandlungen bereit, obwohl die Regierung der DR Kongo der Feuerpause nicht zustimmt.

Entsendung einer internationalen Friedenstruppe

Am 08.01.12 trafen sich in der äthiopischen Hauptstadt Addis Abeba die elf Mitgliedsstaaten der Regionalorganisation ICGLR (Internationale Konferenz der Region der Großen Seen) mit Vertretern von UN und Afrikanischer Union (AU). Im Anschluss hieran erklärte der für Sicherheit und Frieden zuständige AU-Kommissar, Ramtane Lamamra, dass die zur Stabilisierung des Ostkongo geplante multinationale Friedenstruppe (voraussichtlich aus 4.000 Mann) in die bereits im Kongo stationierte UN-Friedensmission MONUSCO eingebunden werden soll. Dem Vorschlag muss noch der UN-Sicherheitsrat zustimmen. Derzeit sind von den rund 19.000 uniformierten Angehörigen der MONUSCO knapp 11.000 in den beiden ostkongolesischen Kivu-Provinzen stationiert.

Kenia

Ethnische Gewalt

Mitglieder der Ethnie der Pokomo töteten bei einem Angriff auf das Dorf Kibusu im Distrikt Tana River (Provinz Coast) am 10.01.13 mindestens zehn Menschen. Der Angriff war ein Racheakt für einen Überfall von Angehörigen der Ethnie der Orma aus dem Nachbardorf Nduru, dem tags zuvor mindestens neun Menschen zum Opfer gefallen waren.

Zwischen den Orma als halbnomadischen Viehzüchtern und den von Ackerbau und Fischerei lebenden Pokomo kommt es seit Jahren immer wieder zu Konflikten um Wasser und Land. Die seit August 2012 erneut aufgeflackerte Gewalt, die bislang mehr als 150 Todesopfer forderte, könnte allerdings politisch instrumentalisiert sein. Am 04.03.13 finden Parlamentswahlen statt.

Kamerun

Freispruch für zwei Homosexuelle

In einem Revisionsverfahren wurden am 07.01.13 in der Hauptstadt Jaunde zwei Männer freigesprochen. Sie waren im Juli 2011 festgenommen und im November 2011 wegen Homosexualität zu fünf Jahren Haft verurteilt worden. Das Urteil von 2011 war u.a. damit begründet worden, dass die beiden Frauenkleider getragen hätten.

Wie Human Rights Watch im Oktober 2012 berichtete, verbüßten zu diesem Zeitpunkt mindestens vier Personen Haftstrafen wegen Homosexualität. 2011 seien 14 Personen deswegen angeklagt und 12 davon verurteilt worden. Das Strafgesetz sieht hier Haftstrafen von sechs Monaten bis fünf Jahren vor.

Serbien/Kosovo

Serbien verabschiedet Resolution zu Kosovo

Serbiens Parlament hat am 12.01.13 mit großer Mehrheit eine Resolution angenommen, die die Grundsätze des künftigen politischen Dialogs mit Kosovo absteckt. Demnach werde Serbien die Unabhängigkeit Kosovos niemals anerkennen. Gefordert wird die Bildung einer autonomen Gemeinschaft der serbischen Gemeinden in Kosovo (vgl. BN v. 02.01.13). Der Resolution zufolge ist Serbien zu weiteren Zugeständnissen bereit, um die Beziehungen zwischen Serben und Albanern in Kosovo zu verbessern. Deren Annäherung ist eine Grundvoraussetzung für die Beitrittsverhandlungen Serbiens mit der EU. Am 17.01.13 sollen die Gespräche zwischen Kosovo und Serbien in Brüssel wieder aufgenommen werden.

Russische Föderation

Großdemonstration in Moskau gegen die Politik von Präsident Putin

Am 13.01.13 demonstrierten trotz eisiger Temperaturen in mehreren Städten Zehntausende gegen die Politik von Präsident Putin. Anlass war ein neues Gesetz, nach dem US-Bürger keine russischen Waisen mehr adoptieren dürfen. Zum „Marsch gegen die Schurken“ kamen allein im Stadtzentrum von Moskau mehr als 20.000 Menschen. Dort waren rund 4.000 Polizisten im Einsatz.

Auch prominente Oppositionspolitiker, wie z.B. Boris Nemzow und Sergej Udaltow, forderten die Regierung auf, die Adoptionen weiter zuzulassen, um vor allem den vielen Behinderten unter den Waisenkindern eine menschenwürdige Zukunft speziell in den USA zu ermöglichen. Zudem gibt es Unterschriftensammlungen für die Abschaffung des neuen Adoptionsgesetzes.

Hintergrund

Von den offiziell mehr als 600.000 Waisen leben rund 100.000 unter oft menschenrechtlich problematischen Bedingungen in Heimen. Das im Schnellverfahren verabschiedete und von Putin am 28.12.12 unterzeichnete Gesetz des Adoptionsverbotes durch US-Staatsangehörige ist eine Reaktion auf das in den USA am 10.12.12 erlassene Magnitski-Gesetz. Dieses sieht Sanktionen gegen rund 60 russische Beamte vor, die mit dem Tod des Anwalts Sergej Magnitski in einem Moskauer Gefängnis im Jahr 2009 in Verbindung stünden. Magnitski arbeitete für eine US-Anwaltsfirma und deckte einen Korruptionsskandal bei der russischen Polizei auf.

Über das Adoptionsverbots-Gesetz hinaus steht das russische Parlament seit 2011 bei Bürgerrechtlern in der Kritik, mit immer mehr – meist von Putin vorgeschlagenen – autoritären Gesetzen ein System der Angst und Unterdrückung wie zu Zeiten der Sowjetunion zu schaffen.

Vietnam

14 Regimekritiker verurteilt

Am 09.01.13 wurden von einem Volksgericht in der Stadt Vinh (Provinz Nghe An) nach einem zweitägigen Prozess 13 Regimekritiker wegen des Vorwurfes von Aktivitäten zum Sturz des kommunistischen Regimes (Art. 79 VietStGB) zu Haftstrafen zwischen drei und 13 Jahren mit anschließendem Hausarrest zwischen zwei und fünf Jahren verurteilt. Ein weiterer Angeklagter erhielt eine dreijährige Bewährungsstrafe. Laut Angaben der Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch wurden elf der Angeklagten beschuldigt, Mitglieder der in Vietnam verbotenen und in den USA ansässigen Exilpartei Viet Tan (Vietnam Reform Party) zu sein, während drei weiteren Angeklagten vorgeworfen wurde, in der Organisation aktiv mitgewirkt zu haben. Alle 14 hatten vor ihrer Inhaftierung (im Jahr 2011) in Bangkok/Thailand Lehrgänge von Viet Tan besucht, bei denen sie gewaltfreien Widerstand trainierten und lernten, wie man im Internet Gleichgesinnte findet. Unter den Verurteilten befinden sich u.a. Studenten, Blogger und Unterstützer von politischen Häftlingen. 12 der 14 sind Katholiken aus dem Umfeld der Thai-Ha-Kirche in Hanoi und der Ky-Dong-Kirche in Ho Chi Minh City. Beide Kirchen sind für ihre starke Unterstützung von Bloggern und anderen friedlichen religiösen und politischen Aktivisten bekannt.

China

Kritische Zeitung widersetzt sich Zensur

Nachdem Zensoren der Propagandabehörde in der Neujahrsausgabe der einflussreichen liberalen Wochenzeitung „Nanfang Zhoumo“ („Südliches Wochenende“) einen Leitartikel, der den Schutz verfassungsmäßiger Rechte forderte, durch einen der Kommunistischen Partei huldigenden Kommentar ersetzt hatten, streikten Journalisten der Zeitung Anfang vergangener Woche. Es gab zahlreiche Solidaritätsbekundungen im Internet und an mehreren Tagen demonstrierten hunderte Sympathisanten vor dem Sitz der Zeitung in der Stadt Guangzhou (Provinz Guangdong). Am 09.01.13 wurde der Streit zwischen der Zeitung und den Behörden anscheinend mit einem Kompromiss beigelegt. Einzelheiten wurden nicht bekannt. Offenbar sagten die Behörden zu, nicht mehr unmittelbar in die redaktionelle Arbeit einzugreifen. Beobachter sehen darin kein Anzeichen für eine allgemeine Lockerung der Pressezensur.

Nordkorea

Staat mit stärkster Christenverfolgung

Zum elften Mal in Folge führt die Demokratische Volksrepublik Korea den alljährlichen „Weltverfolgungsindex“ des christlichen Hilfswerks „Open Doors“ an. Laut dem am 08.01.13 veröffentlichten Bericht könnten die etwa 200.000 bis 400.000 Christen ihren Glauben nur im Untergrund leben. Schätzungsweise 50.000 bis 70.000 Christen seien in Arbeitslagern interniert.